



**TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Aussprache zum Leitantrag**

Titel: Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten schützen -
Bundeskriminalamtgesetz braucht Überarbeitung

Entschließungsantrag

Von: Dr. Axel Brunngraber als Delegierter der Ärztekammer Niedersachsen
Wieland Dietrich als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Susanne Blessing als Delegierter der Landesärztekammer Baden-
Württemberg
Christa Bartels als Delegierter der Ärztekammer Nordrhein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, das am 27.04.2017 verabschiedete Bundeskriminalamtgesetz in der kommenden Legislaturperiode dahingehend zu novellieren, dass Ärztinnen und Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten der gleiche strikte verfassungsrechtliche Schutz als Berufsgeheimnisträger gegenüber Ausspähung und Überwachung durch staatliche Dienste eingeräumt wird, wie Geistlichen, Bundestagsabgeordneten und Rechtsanwälten.

Begründung:

Ein geschütztes Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ist die Grundlage jeglicher ärztlicher Tätigkeit. Dieses gehört selbstverständlich zum Kernbereich privater Lebensführung, dessen Schutz das Bundesverfassungsgericht 2016 in seiner Entscheidung gegen das bisherige Bundeskriminalamtgesetz (BKA-Gesetz) gefordert hat. Ohne den Schutz der ärztlichen Schweigepflicht vor Ausspähung und Überwachung durch staatliche Institutionen wird darüber hinaus ein ärztlicher oder psychotherapeutischer Beitrag zur Gefahrenabwehr z. B. durch psychisch kranke Gewalttäter kaum noch möglich sein, da diese sich dann eher gar nicht mehr in Behandlung begeben werden. Die kürzlich erfolgte Novelle des Gesetzes entspricht nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes in seiner Entscheidung aus April 2016, in der es einen besseren Schutz der Berufsgeheimnisträger gefordert hatte. Die Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht ist unabdingbar; sie kann nicht Gegenstand einer Abwägungsentscheidung sein.

ANGENOMMEN

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0